

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

278 (29.11.1932)

Positive Parteikritik

Erneuerung und Machtwille

Von Wilhelm Sollmann, M. d. R.

Der nachstehend wiedergegebene Artikel des Genossen Sollmann, und ein zweiter aus seiner Feder, den wir morgen folgen lassen, enthält interessante Anregungen, die auch dann von unseren Lesern wertvoll sind, selbst wenn man nicht in allen Teilen mit Sollmann einig zu sein vermag. Besonders der zweite Artikel dürfte in bestimmten Kreisen unserer Genossen auf lebhaften Kritik stoßen. Wir behalten uns vor, die Anregungen Sollmanns einer Besprechung zu unterziehen.

Die Redaktion.

Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat Otto Bauer den Sturz der zweiten Arbeiterregierung in England und die Vorgänge des Jahres 1932 in Deutschland als den Beginn einer neuen Epoche für die internationale Arbeiterbewegung bezeichnet. Es läßt sich viel für diese Meinung Otto Bauers anführen. Vielleicht ist allerdings der Abschnitt doch nicht so tief und entscheidend, wie Otto Bauer unter dem Eindruck der langwierigen kapitalistischen Krise und der Erschütterungen bisher parlamentarischer regierter Staaten annimmt. Was wir aber alle mit dem österreichischen Führer empfinden, ist dies: Es werden größere Anforderungen an uns gestellt werden als bisher. Die Neigung zur Selbstkritik, die seit Monaten auch in der deutschen Partei wächst, ist nur ein Zeichen des besonderen Ernstes, den viele Parteigenossen für die gegenwärtige und zukünftige Lage der deutschen Sozialdemokratie fühlen. Man fragt sich nicht mehr nur in kleinen Zirkeln, sondern weithin im ganzen Land, ob die Partei organisatorisch, geistig und personell den kommenden großen Aufgaben gewachsen sei. Die zahlreichen Aussprachen, die gepflogen werden, haben mit irgendwelchen Richtungen nichts zu tun. Der politische Todessturz der S.W. dürfte auf lange hinaus das letzte Experiment politischer Dilettanten an dem unersetzlichen Felsblock der Sozialdemokratie gewesen sein. Auch die guten Leute, die außerhalb der Partei, überzeugt von ihrer überlegenen Intelligenz, uns ahnungslos Ratschläge geben und von einem Gegensatz der Generationen sprechen, sehen nicht die Ursachen und die Zielsetzung der positiven Parteikritik, die uns allerdings notwendig zu sein scheint.

Die heutige Organisationsform der Sozialdemokratie entstammt im wesentlichen einer Zeit, in der die Partei große konstruktive politische Tätigkeit erst in ferner Zukunft sehen konnte. „Organisation und Agitation“ — das war im Kern unsere Politik im Kaiserreich. Sie schuf den gewaltigen Apparat, den wir alle so lieben, daß die ruhigen von uns fünfzigjährigen mild werden können, wenn irgend ein viel später politisch zugereifter leichtfertiger über den „Apparat“ aburteilt. Wer ihn aufbauen half und ihn tausend Stürmen trotzen sah, geht nur mit Vorsicht, heilighaltend mit einer Reform unserer Organisation heran. Und doch ist kaum noch zu bestreiten, daß dieser große Apparat keineswegs in genügendem Maße die politisch-geistigen Kräfte heranzieht und entwickelt, die jetzt notwendiger sind als je. Vielleicht haben wir ein sehr reichliches Reservoir an guten Organisationsleitern, aber schwerlich genügend Führer mit politischen Instinkten, mit politischer Phantasie, politischer Willensrichtung und politischer Suggestivkraft. Schon wenn wir die geringe Zahl unserer auf Massenversammlungen wirkenden Redner und die Hunderttausenden unserer parlamentarischen Überbleibseln, wird dieser Mangel fühlbar. Wohl verstanden: hier werden Organisatoren und Politiker, die ja in einzelnen Persönlichkeiten, wie Otto Wels, auch vereint sein können, weder durch ein moralisches noch durch ein geistiges Werturteil gegen einander abgemessen. Es soll nur gesagt werden, daß schließlich unsere Organisation eine hinreichende Zahl politischer Köpfe hervorbringen muß. Frage sich jeder, wie es damit beschaffen ist. Daß es bei anderen Parteien ähnlich oder schlimmer steht, ist kein Trost.

Schon die zahlenmäßige und personelle Zusammensetzung unseres Parteivorstandes zeigt das Ueberwiegen des „Organisatorischen“. Zudem gewinnt man den Eindruck, daß selbst die führenden Männer des Parteivorstandes so stark mit rein organisatorischen Anforderungen und Sorgen, auch kleiner Art, überhäuft werden, daß ihnen unmöglich genügend Zeit und Kraft für die eigentliche politische Führung bleiben kann. Auch der fähigste Kopf braucht in einer Zeit, die mit politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und finanziellen Problemen verwirrend erfüllt ist, viel Mühe, um sich durch eigenes Studium und durch sachkundige Berater einen ständigen Ueberblick über das Labyrinth dieser Fragenkomplexe zu verschaffen. Nur so kann der politische Führer auch den verschiedenen geistigen Strömungen und ihren Trägern gerecht werden, die in der eigenen Partei um Geltung ringen. Nur so kann er das Rüstzeug und die Dialektik gewinnen, die ihm bei Verhandlungen mit gegnerischen Parteien stets zur Verfügung stehen müssen. Werden aber auch die Parteiführer allzu sehr in dem naturgemäß engeren und starren Rahmen der Organisation vorwiegend mit den technischen Vorgängen im Apparat beschäftigt, so muß auch bei großer Intelligenz ihre politisch-geistige Entwicklung und Wirksamkeit gehemmt werden. Mindestens die Vorkämpfer der Partei dürfen nur mit wichtigen und entscheidenden Dingen befaßt werden. Das wird sich nicht nur für die politische Führung, sondern auch für den Organisationskörper lohnen. Sekretärsgeschäfte sind in unserer Partei so wichtig wie die Leitung von Redaktionen, die Parteiführer aber stehen über beiden. Man darf bezweifeln, ob die jetzige Organisation des Parteivorstandes, zumal das System der Beisitzer, wie es seit langen Jahren besteht, eine Reform der politischen Parteiführung erlaubt. Es dürfte notwendig sein, daß die Zentrale der Partei die Möglichkeit erhält, ihre Ergänzung durch Beisitzer nach rein politischen Ueberlegungen vorzunehmen. Der Parteivorstand muß unter voller Wahrung der Bedeutung des Organisatorischen auch das Politisch-Geistige der Partei schon in seiner Zusammensetzung widerspiegeln. Einer Erneuerung scheint auch der Parteiaussschuß zu bedürfen. Er soll eine den Parteivorstand beratende Körperschaft von Vertretern aus dem ganzen Land sein und die politische Initiative der Führung über das ganze Reich tragen. Seine Prägung erhält aber auch dieser Ausschuss vorwiegend durch die Organisationsleiter.

Das ist ein großer Vorzug, soweit es sich um die rasche und reibungslose Durchführung technischer Beschlüsse handelt, aber der politischen Bewegung, Vertiefung und Klärung ist diese Zusammensetzung nicht dienlich. Die Einseitigkeit wird noch durch die Mitgliedschaft einer ganzen Reihe von Abgeordneten der Berliner Parlamente im Parteiaussschuß gefördert. So hören denn diese Abgeordneten im Hause des Parteivorstandes noch einmal die Führerreden, die sie schon im Fraktionszimmer genossen haben, und der Parteivorstand hat den Vorzug, noch einmal die Abgeordnetenreden vorgetragen zu erhalten, die er schon aus dem Fraktionszimmer kennt. Der Parteiaussschuß sollte nicht vorwiegend aus Bezirkssekretären und Abgeordneten bestehen — Abgeordnete sollten überhaupt nur als Gäste oder als Fachreferenten zugelassen werden — sondern der Parteiaussschuß müßte auch neuen, aufstrebenden politischen Kräften im Lande die Möglichkeit zur Mitarbeit bieten. Er wird dann gewiß unbedeutsamer sein, aber nützlicher. Die dringenden notwendige Führung zwischen der zentralen Organisation und den Bezirksorganisationen braucht darunter nicht zu leiden.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist mit dem Wachstum der Organisationen auch die Zahl der Angestellten unserer Bewegung sehr gestiegen. Das war und bleibt eine Notwendigkeit. Sineuren gibt es bei uns nirgends. Eher könnte von einem Raubbau an den Kräften vieler Partei- und Gewerkschaftssekretäre gesprochen werden. Mehr und mehr ist fast überall im Lande die gesamte Führung der Organisationen, soweit sie größeren Umfang haben, in die Hände von Sekretären, Redakteuren und anderen Gruppen von Angestellten der verschiedenen Zweige unserer sozialistischen Arbeiterbewegung gekommen. Das ist erklärlich, da wir angestellte Funktionäre der Bewegung nicht den Verfolgungen von Privatkapitalisten ausgesetzt sind, freier und unabhängiger als die meisten anderen Mitglieder der Partei über unsere Zeit verfügen können. Es hat aber den Nachteil, daß ehrenamtliche Kräfte für die Parteiführung, zumal in größeren Orten, viel zu wenig herangezogen werden. Wo es Parteivorstände gibt, die nicht zu unserem angestellten Funktionskörper gehören, sind sie leider oft mehr repräsentativ tätig, weil nun einmal die eigentliche Arbeit bei den Sekretären liegt. So hat sich allmählich ein Zustand entwickelt, der uns angelegentlich die Funktionen in der Bewegung überläßt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß meines Wissens die langjährigen Parteivorstandesmitglieder August Bebel und Paul Singer niemals Angestellte der Partei waren. August Bebel, der übrigens als langjähriger selbständiger Kaufmann seine eigenen bestmöglichen materiellen Interessen durchaus zu wahren verstand,

hatte wohl gute Gründe, wenn er keine Parteistellung annehmen wollte.

Da ich selbst seit mehr als zwanzig Jahren der Partei als Redakteur diene, wird hoffentlich niemand auf den Gedanken kommen, ich betriebe eine „Bonzenhege“. Das genaue Gegenteil ist meine Absicht. Der jetzige Zustand erleichtert die manchmal unwillkürlichen, meist aber barmherzigen Anwürfe gegen die für harte und undankbare Arbeit nur sehr mühsam, jetzt schon in vielen Fällen unzulänglich besoldete Angestellten unserer Bewegung.

Was ich will, ist die größere politische Mächtigkeit und wertvoller Kräfte, die es außerhalb des angestellten Funktionskörpers in der Arbeiterbewegung gibt. Wir sind in Gefahr, diese Kräfte gar nicht mehr kennen zu lernen, oder sie, weil sie sich verkannt, mißverstanden und in ihren Fähigkeiten nicht gewürdigt fühlen, abzustoßen und zu verlieren. Wer eine starke politische Ueberzeugung hat, will nun einmal politisch wirken. Geltungsstreb ist schließlich keine Sünde, und wer das führt, muß sich mit dem Gedanken abfinden, daß auch andere sich zur Führung berufen glauben und ihr Talent beweisen möchten.

Meine Warnung richtet sich gegen die Gefahr der Einseitigkeit, der Abspaltung von den frei wirkenden Kräften der Gesellschaft, der Wirtschaft und ihrer Geistigkeit. In dieser Gefahr befindet sich die Partei von ihren Spitzen bis zu ihren Unterführern. Manche Ueberzeugung, nicht zuletzt das Stauensprüche über das plötzliche Brechen der braunen Nationen, wäre uns erpart geblieben, wenn unsere Sicht und unser Gehör noch weit genug außerhalb des Rahmens unserer Organisationen und unserer eingetragenen Anhänger gereizt hätten.

Man sehe sich unsere Fraktionen in den Staats- und Gemeindeparlamenten an. Sie brauchen sich an Form im einzelnen ganz gewiß nicht vor denen anderer Parteien zu verbergen. Aber könnte die Zusammenfassung nicht viel reicher sein? Auch in unseren Fraktionen überwiegen ganz vornehmend der angestellte Funktionskörper der Bewegung und Männer, die aus diesem Funktionskörper hervorgegangen sind. Alles andere sind Einzelpersonen. Das ist eine Zusammenfassung von Fraktionen, wie sie eine Volksbewegung braucht, die den geschichtlichen Anspruch erhebt, Staat, Gesellschaft und Kultur gründlich erneuern zu wollen. Diese Auswahl der Parlamentarierkandidaten ist eine Folge der Einseitigkeit unserer Organisationsführung von oben bis unten, eine Einseitigkeit, der wir alle mehr erliegen, als uns selbst bemußt wird. Der Haß und die Furcht unserer Gegner spüren und nützen diese Schwäche aber ausgerechnet. Hier ist eine der Ursachen, die nicht genügend Volkspädagogie, nicht immer geläuterte Führerauslese und politischer Festigkeit in unseren Reihen. Vielleicht der Hauptgrund, der es der nationalsozialistischen Demagogie erleichtert, ihre wilde Hege gegen das „Bonzenium“ zu betreiben.

Wir müssen die Enge eines Führeraufstiegs, der fast nur aus dem angestellten Funktionskörper erfolgt, durchbrechen. Das ist nicht leicht. Wer es fordert oder gar zu verwirklichen sucht, wird sich nicht überall Freunde erwerben. Die jetzigen Mängel sind aber so offenbar, und die Notwendigkeit einer Reform wird schon so allgemein empfunden, daß der Durchbruch erfolgen wird.

Tagesschau

Wien, 20. Nov. Die Oesterreichische Nationalbank teilt mit, daß sie die am 1. Dezember fälligen Zinsheine und am 26. Oktober verlosenen Schuldberechtigungen der Wälterbonds anleihe, österreichische Teilsausgabe am 1. Dezember in Dollarnoten einlösen wird.

Berlin, 20. Nov. Reichsausschuß nimmt die Geschäftsberichte der Dirigenten der Presseabteilung.

Berlin, 20. Nov. (Eig. Draht.) Die bürgerliche Regierung Norwegens hat, wie uns aus Oslo gemeldet wird, das Einreiseverbot für die Sowjetunion abgelehnt.

London, 20. Nov. Das Unterhaus hat die Antwortadresse auf die Thronrede mit 431 gegen 39 Stimmen der Labour Party angenommen.

Wien, 20. Nov. Die deutsch-nationale Pressestelle teilt mit: Die beiden Abgeordneten des Württembergischen Landtags, **Baumann** und **Wiegand**, sind, wie v. Stauffenberg und Haag, und der auf der Liste des Thüringischen Landtags gewählte Abgeordnete **Wick** sind der deutsch-nationalen Reichsversammlung beigetreten.

Berlin, 20. Nov. In verschiedenen Stadtteilen Berlins wurden in den gestrigen Abendstunden von unbekannten Tätern insgesamt elf **Schaufenster** von **Schert** und **Altklein** durch Steinwürfe zertrümmert. Die Steine waren in Radpapier gewickelt, das die Aufschrift trug: „Nieder mit dem Verbot der „Roten Fahne! Heraus zum Massenstreik!“

Genf, 20. Nov. (Eig. Draht.) Außenminister **Hymans** Belgiens hat die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes, die sich u. a. mit der Lösung des Mandatskonflikts befassen soll, zum 6. Dezember einberufen.

Buenos Aires, 20. Nov. Die argentinische Regierung hat beschlossen, vom 1. Januar ab die Einwanderung zu verbieten. Sie will hierdurch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit vermeiden.

Stockholm, 20. Nov. (Eig. Ber.) **Troth** hat von der schwedischen sozialdemokratischen Regierung die Einreisebewilligung erhalten. Er ist von den Studenten der Universität Lund zu einem Vortrag eingeladen worden.

Austritt des Warenhausverbandes aus dem deutschen Einzelhandel

Berlin, 20. Nov. Der Vorstand und die Generalversammlung des Warenhausverbandes haben heute den Austritt aus dem Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels einstimmig beschlossen. Der Warenhausverband nimmt von jetzt ab die Interessen seiner Mitglieder bei den Behörden und vor der Öffentlichkeit als Spitzverband selbständig wahr. Er ist auch zu weiterer Zusammenarbeit mit dem übrigen Einzelhandel in dem bestehenden Ende-ausschuß für Wettbewerbstragen unter der Voraussetzung bereit, daß er in Zukunft in diesem Ausschuss durch eine eigene Delegation vertreten sein kann.

SA. mordet SA

Reißer den Gegner als Kommunisten anjah!

Der „Vorwärts“ meldet aus **Nachen**: Das hiesige Schourgericht verurteilte nach zweifündiger Verhandlung den **S.A.** **Martin** aus **Schweier** wegen **Totschlags**, **Waffenmissetats** und **Waffenbesitzes** zu **3 Jahren Zuchthaus**. **Martin** hatte in der Nacht zum **28. Oktober** den **S.A.** **Reißer** **Kastin** aus **Eilendorf**, mit einem **Gummiknüppel** schwer verletzt und ihn dann mit dessen **eigenem Revolver** erschossen. Der Staatsanwalt hatte für die **Zeit** **3 Jahre 3 Monate Zuchthaus** beantragt. **Martin** wurde wegen **Mord** auf **10 Jahren Zuchthaus** und **Waffenbesitz** auf **6 Monaten Gefängnis** verurteilt. **Martin** wurde durch die **Pflicht** **Kastin**, die man bei ihm fand, und frühere **Außerungen** über die **Tat** überführt. In der **Verhandlung** selbst führte er zu seiner **Verteidigung** an, er habe seinen Parteigenossen für einen **Kommunisten** gehalten. **Nach** vor der **Zulassung** hat die **ganze** **Nazi** **Presse** die **Tötung** **Kastin** als **„Mord“** ausgeschrieben!

Immer wieder Braunschweiger Affäre!

Braunschweig, 20. Nov. (Eig. Draht.) Die **Braunschweigische** **Dienststrafkammer** verurteilte am **Sonntag** den früheren **Rektor** der **riesigen** **Technischen Hochschule**, **Professor** **Schmitz**, zu **Dienstentlassung**, zur **Tragung** der **Prozesskosten** und zur **Rückzahlung** seines **Gehaltes** um die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. Dem **Prozess**, der auf **Antrag** des **Generalstaatsanwalts** unter **Ausschluss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Prozesskosten** **Schmitz** **aus** **dem** **Verhalten** **um** die **Hälfte** dessen, was er bei seiner **Dienstentlassung** erhalten hatte. **Schmitz** wurde von der **Sonntags** **Ausschuss** der **Öffentlichkeit** geführt wurde, lagen mehrere **Beziehungen** **Schmitz** zur **Partei** und zur **Verwaltung** der **Proz**

Freistaat Baden

Pressebetrachtungen nach dem Parteitag

Die Verhandlungen und der Beschluß des Offenburger Parteitag sind natürlich in der Presse ein Echo. Die „Volksstimme“ und die „Wolfswacht“ begrüßen die dort gefassten Beschlüsse, die in beiden Blättern positiv kommentiert werden. Die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“, die nun einmal den brennenden Ehrgeiz hat, gegen die Sozialdemokratie am härtesten zu kämpfen, und auch am dümmsten zu lügen, erklärt zuerst die Koalition sei gelockt, um zwei Seiten weiter zu behaupten, daß die geplante Koalition verfehlt weiter gehe. Und ganz selbstverständlich behauptet die „Arbeiter-Zeitung“, nur aus Furcht vor den Kommunisten sei das Konkordat abgelehnt worden. Aber „Betrüger“, überhaupt alles nur erdenkbar Schlechte sind wir unangenehm weiter. Der „Reißbogens-Anzeiger“ ist „einerseits“ der und „andererseits“ einer anderen Meinung. Das „Karlsruher Tagblatt“ glaubt, daß ein höherer Verwaltungsbeamter bis zu den nächsten Wahlen das Innenministerium verwalten werde. Die „Badische Presse“ meint, die Landtagsaktion sei „in einer im parlamentarischen Leben kaum gewohnten Weise gebunden worden“. Nach den Satzungen der Sozialdemokratie hat der Parteitag ein solches Recht, von dem allerdings nur in ganz besonderen Fällen Gebrauch gemacht wird. Und diesmal lag ein besonderer Fall vor. Die „Neue Badische Landeszeitung“ richtet an die Volkspartei die etwas neugierige Frage: „Geht es ihr jetzt um Konkordate oder um Parteiverluste?“ Diese Frage ist bei der politischen Charakterlosigkeit der Volkspartei schwer zu beantworten.

Ausführlich befaßt sich der „Badische Beobachter“ mit den Offenburger Beschlüssen; denn das Zentrum wird von ihnen in hohem Maße berührt. Der „B.B.“ glaubt, der Beschluß werde den Kommunisten Freude bereiten. Ganz im Gegenteil. Wie schon oben gesagt, schimpft die „Arbeiter-Zeitung“ wie ein Kohlrabe. Weiter behauptet der „B.B.“, die Delegierten seien „vorfristig ausgelesen“ worden. Wahrscheinlich zum „Mannheimer Terror“. Bei uns bestimmen die Mitglieder in Vertretungen, wenn sie delegieren wollen und sie machen dabei sehr eifrig darüber, daß ihnen von „oben“ nicht hereinredet wird. Die Auswahl der Delegierten entsprach also durchaus der Stimmung unterer Genossen, nicht aber Regierungskreisen. Auch mit der Führung der Partei ist der „B.B.“ unzufrieden:

„Eine geschickte, starke und energische Führung, die genau wußte, was sie wollte, und ihre Ziele nicht mit dem Tag begrenzt hätte, trotzdem über alle diese Streitigkeiten hinwegkam und die Massen zu höheren Zielen hinführen konnte. Aber diese starke und selbstbewußte Führung fehlt in Baden der Sozialdemokratie. Wohl waren Führer vorhanden, die das alles wußten und auch den Mut hatten, es auszusprechen, aber bei der starken demagogischen Gegenwirkung aus den eigenen sozialdemokratischen Reihen konnten sie nicht durchgehen und mußten dem Gewichte der unter den geschäftlichen Umständen leicht zu bearbeitenden Massen unterliegen.“

Das „höhere Ziel“, zu dem hingeführt werden sollte, wäre das Konkordat gewesen. Reinhold soll einmal erklärt haben, „die ganze Taktik und Politik der Sozialdemokratie sei seit 1918 falsch gewesen.“ Ob der „B.B.“ das jetzt glaubt? In dem Artikel des „B.B.“ hören wir nach langer Zeit wieder einmal auf das Wort „Revisionismus“. Wir hatten es beinahe schon vergessen; wahrscheinlich auch der Vater dieses Wortes, der erfreulicherweise noch lebende Genosse Eduard Bernstein.

Dem Genossen Rückert glaubt der „B.B.“ den Vorwurf machen zu können, er sei zur ablehnenden Mehrheit hinübergeschwenkt. Auch das ist ein Irrtum des „B.B.“, der aber daher rührt, weil der Bericht sagt, daß der Beschluß einstimmig gefaßt worden sei. Das ist richtig, aber auf den Parteitag der Sozialdemokratie haben die Abgeordneten bei Abstimmungen, die ihre parlamentarische Tätigkeit betreffen, kein Stimmrecht. Die elf Landtagsabgeordneten, die für Stimmhaltung beim Konkordat waren, konnten daher weder mit Nein noch mit Ja stimmen, sie würden sonst, was selbstverständlich ist, gemäß ihrer Auffassung gestimmt haben. Das Wort in dem Ultimatum der Zentrumspartei, vom Verstoß „gegen Treu und Glauben“, so teilt der „B.B.“ mit, komme vom Genossen Rückert selbst. Er habe sich damit gegen die Gegner seiner Stellungnahme zum Konkordat verteidigt. Falls Genosse Rückert Wert darauf legen sollte, wird er selbst darlegen, in welchem Zusammenhang er das Wort gebraucht hat.

Der „B.B.“ lacht die Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen, daß nunmehr die Koalition zu Ende gegangen ist. Hat es angesichts der Tatsachen noch einen Sinn, darüber zu streiten? Das Zentrum hat ganz eindeutig erklärt, die Ablehnung des Konkordats betrachte es als die Beendigung der Koalition. Die Annahme oder die Stimmhaltung war, das hat Offenburger richtig bemerkt, für die Partei untragbar, ebenso, daß wir uns dem Ultimatum des Zentrums beugen. Also kam, was eben kommen mußte. Dem Zentrum war das Konkordat wertvoller als die weitere Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie; uns war in der vorhergehenden Situation, bei aller Anerkennung der Bedeutung der Koalition, sie selbst weniger wert als die einfach unmögliche Zustimmung oder die Tolerierung der Annahme des Konkordats. Das Zentrum trägt für das Ultimatum, der Parteitag für seine Ablehnung die Verantwortung. G. Sch.

Minister Dr. Mattes jagt: Keine Regierungskrise

Im „Karlsruher Tagblatt“ äußert sich Finanzminister Dr. Mattes zu der politischen Lage in Baden, die durch das Ultimatum des Zentrums und dessen Ablehnung durch den Offenburger Parteitag entstanden ist. Herr Dr. Mattes konstatiert zunächst, daß die Arbeit im Kabinett der bisherigen Koalition stets eine strenge

sachliche gewesen sei. Sie habe durch den Tod des Innenministers Genossen Maier den ersten schweren Stoß erhalten, denn die „oppositionellen Gruppen“ in der badischen Sozialdemokratie hätten an Einfluß gewonnen. Gegen den Genossen Reinhold stellt Herr Dr. Mattes die Behauptung auf, Reinhold könne „nachträglich mit sachlichen Gründen seine Ablehnung des Konkordats in keiner Weise ausreichend begründen“. Im Kabinett hätten auch die sozialdemokratischen Vertreter der Aufnahme von Bestimmungen über den Religionsunterricht im Konkordat zugestimmt. Reinhold hätte, wenn er damals schon die Ablehnung des Konkordats gewünscht hätte, nicht an den Kabinettsitzungen teilnehmen dürfen, „ohne irgendwie Fund zu tun, daß er ein Konkordat für unannehmbar halte, das Bestimmungen über den Religionsunterricht enthält. Demgegenüber hat Genosse Reinhold auch auf dem Offenburger Parteitag darauf hingewiesen, daß er als Vertreter der Fraktion bei den Beratungen des Kabinetts kein Recht gehabt habe, seine rein persönliche Auffassung zu vertreten. Herr Dr. Mattes äußert sich über die nunmehr entstandene Lage unter anderem wie folgt: „Durch das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der badischen Regierung wird eine Regierungsfrage nicht hervorgerufen. Nach der badischen Verfassung kann der Landtag eine Regierung nur führen, wenn die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Landtags zustimmt. Da die beiden Regierungsparteien, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei, zusammen mit der Reichsbannerpartei, die ja mit der Deutschen Volkspartei eine Arbeitsgemeinschaft hat, über die Hälfte der Sitze verfügen, fehlt im badischen Landtag auch nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung eine zum Sturz der Regierung ausreichende starke Opposition. Es dürfte deshalb für die Regierung keine Veranlassung zum Rücktritt bestehen. . . . Es wird das Ziel badischer Regierungspolitik sein müssen, möglichst viele verantwortungsbereite Kräfte zusammenzufassen, um auf diese Weise auf einer neuen Linie eine möglichst ebenso stabile Regierung zu schaffen, wie sie Baden in der Vergangenheit besessen hat. Aber auch wenn man diesen Gedanken einer Verbreiterung der Regierungsbasis in Baden vertritt, dürfte es zunächst zweckmäßig sein, mit irgendwelchen Schritten noch einige Zeit auszuwarten, bis die politischen Verhältnisse in Deutschland allgemein besser als im Augenblick geklärt sind. Solange wird man auch den Posten des Ministers des Innern, dessen Belegung sich jetzt natürlich das politische Interesse zuwendet, nur vertretungsweise besetzen.“

Deutschnationale Boshheitspolitik

Die deutschnationale Gruppe im Landtag beantragt, die Beratung und Beschließung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag (Konkordat) des Freistaates Baden mit dem Freistaat Baden und den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag des Freistaates Baden mit der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens von der Tagesordnung für die Sitzung des badischen Landtags am 30. November d. J. abzuschaffen. In der Begründung heißt es:

Die zahlreichen Wahlen des laufenden Jahres haben einmündig gezeigt, daß die Zusammensetzung der badischen Regierung, welche die obigen Gesetzentwürfe vorbereitet hat und die Zusammensetzung des badischen Landtags, der über sie entscheiden soll, nicht mehr der Volkstimmung und dem Volkswillen entsprechen. Infolgedessen ist es unangehörig, diesem Landtag in seiner letzten Sitzungsperiode noch Gesetzesvorlagen von so weittragender Bedeutung vorzulegen.

Dieser Antrag stellt einen ausgeglichenen Versuch dar, Boshheitspolitik zu treiben und es wird immerhin einiges Interesse haben, zu sehen, wie die einzelnen Parteien, besonders die Nazis und der Evangelische Volksdienst, zu diesem Antrag sich stellen werden.

Die Lügen der „Arbeiterzeitung“

Eine einseitige Verfügung

Wie der Gewohnheitsdieb das Maulen nicht läßt, so die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Mannheim nicht das Lügen. Wollen wir alle ihre täglichen Lügen verzeichnen, wir müßten eine ständige Rubrik „Kommunistische Lügen“ einrichten; aber dazu sind uns hier Papier und unsere Feder zu gut. Deshalb notieren wir immer nur ihre allergrößten und allergeringsten Lügen.

Eine solche, ganz besonders freche, findet sich in ihrer Freitagsausgabe. Da wird richtigweg und unter Aufwand einer ganzen Reihe von drei- und zweipoligen Schlagzeilen behauptet, Gen.

Die Arbeiterwohlfahrt

Laßt Zahlen sprechen

Ein Bild der gewaltigen Leistungen der Arbeiterwohlfahrt innerhalb der in Deutschland aufgetragenen Sozialarbeit veranschaulichen folgende Zahlen aus dem letzten Jahr:

1200 Nähmaschinen hat die Organisation in Betrieb, die gerade im letzten Winter mit für die Bekleidung der Allerärmsten sorgten.

3000 Nähmaschinen arbeiten in diesen Nächsten der Arbeiterwohlfahrt unter den Händen ebenso vieler ehrenamtlicher Helferinnen aus dem Kreis der organisierten Genossinnen.

310 000 durchgeführte Beratungen auf allen Gebieten der Sozialarbeit zeugen von dem breiten Vertrauen des Arbeitsvolkes in Kraft und Willen der Organisation.

1400 Beratungskassen der Arbeiterwohlfahrt haben im Reich diesem Zweck zur Verfügung. Ihre Zahl dürfte in diesem Jahr noch gewachsen sein.

198 000 Kinder durfte die Arbeiterwohlfahrt in einem Jahr ihrer Versorgungsfürsorge bei Sonne, Luft und Wasser unter Kontrolle sachverständiger Ärzte zuführen.

10 000 ehrenamtliche Helfer und Helferinnen aus dem Arbeitsvolk stellen sich jedes Jahr bereitwillig mit großen Opfern an Zeit und Arbeit dem Liebeswerk zur Verfügung.

12 500 Fälle in der Schwangerschaft und Säuglingsfürsorge wurden von der Arbeiterwohlfahrt in einem Jahr betreut.

Reinhold, der sich als Gegner der Konkordate und Befürworter der Ablehnung ausgab, hätte im Haushaltsausschuß sich unter denen befunden, „die sich der Stimme enthalten“ hätten, und dann wird gegen ihn und die Sozialdemokratie in der üblichen SPD-Weise losgemetzelt.

Dass sei unsterklos trocken festgestellt, daß Gen. Reinhold während der letzten Tagung des Haushaltsausschusses nicht Mitglied dieses Ausschusses war, daß er gerade als Gegner der Konkordate an seinen Beratungen nicht teilgenommen hat und schon deswegen weder sich „der Stimme enthalten“ noch auch dagegen stimmen konnte. Er war überhaupt in diesen Tagen nicht in Karlsruhe, sondern ständig in Mannheim. Die ganze „Entscheidung“ der „Arbeiterzeitung“ ist also von Anfang bis zum Ende erlogen.

Beiß ihm die ewigen Eigenmeldungen der „Arbeiterzeitung“ über seine Person allmählich zu dumm geworden sind, hat Genosse Reinhold durch den Genossen Rechtsanwalt Dr. Dirichler folgende einseitige Verfügung erwirken lassen:

Abchrift
Bad. Amtsgericht VG. 5
Mannheim, den 26. Nov. 1932.
In Sachen

des Parteifretärs Georg Reinhold, Mannheim, R. 3, 15

— vertreten durch R.-M. Dr. Dirichler und Oppenheimer, hier

gegen

1. die Arbeiterzeitung G. m. b. H. in Mannheim, S. 8, 10,
2. den Redakteur Ernst Barthardt, ebenda, wegen Unterlassung

Auf Antrag des Antragstellers ergibt, da ein dringender Fall vorliegt, ohne vorherige mündliche Verhandlung folgende

einseitige Verfügung:

1. Es wird den Beklagten bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geld- und Haftstrafe verboten, folgende Behauptungen aufzustellen oder zu verbreiten:

„Der Antragsteller habe in der Konkordatsfrage Betrugspolitik getrieben, er habe sich an einem Betrugsmanöver beteiligt, er habe sich in der Sitzung des Haushaltsausschusses des badischen Landtages, in der über das Konkordat abgestimmt wurde, der Stimme enthalten“, sowie Behauptungen in ähnlichem Sinne.

2. Die Beklagten haben als Gesamtschuldner die Kosten des Verfahrens zu tragen.

3. Der Antragsteller ist befugt, diese einseitige Verfügung auf Kosten der Beklagten in der „Volksstimme“ und in der „Arbeiterzeitung“ zu veröffentlichen.

gez. Lubberger.

Ausgefertigt: Geschäftsstelle des Amtsgerichts VG. 5.
(Laut Siegel). Der Urkundsbeamte: gez. Sek.
Zur Beglaubigung: Dr. Dirichler, Rechtsanwalt

Wunderglauben und Politik

Man schreibt uns:

Immer wieder wird man gefragt, warum kam ausgerechnet Adolf Hitler zu einem so beispiellosen Erfolg seiner politischen Werbearbeit. Warum gelangt solches nicht auch anderen, nicht minder mit Hedernabe begabten Führern politischer Bewegungen? Neben dem Geld, das solchen Führern wie Adolf Hitler zur Verfügung steht, spielt zweifellos ihre angebliche Messiasrolle eine wichtige Rolle, um solche Massen hinter einen Mann zu bringen. Es hat zu allen Zeiten und in allen Völkern Menschen gegeben, die es mit der Messiasrolle verstanden.

Das Wunder bezieht sich ursprünglich auf das Gefühl des Staunens, es ist eine außerordentliche Begebenheit, die man sich nicht erklären kann, die dem gewöhnlichen, dem „natürlichen“ Lauf der Dinge widerspricht. Das Wunder ist des Glaubens liebster Kind, sagt ein Sprichwort. Seine Befähigung finden wir in allen theologischen Lehren. Daher kommt es, daß, wer die wahren Ursachen des Wunderbaren aufsucht, und wer bestrebt ist, die natürlichen Dinge als Wissender zu verstehen, statt als Einfältiger sie anzustarren, oft für einen Kezer und schlichten Menschen gehalten und verdächtig wird von denen, welche das Volk als die Dolmetscher der Natur und der Götter verehrt. So sagt schon Spinoza. Die moderne Wissenschaft, und erst recht der Marxismus, kennt kein Wunder in diesem (theologischen) Sinn. Der Messias weiß, daß mit der Unwissenheit auch das Staunen, das einzige Mittel, womit er seine Lehre beweist, und ihr Ansehen behauptet, dahinschwindet.

Hitler hat kürzlich seinen Wählern zugerufen, laßt doch das Grübeln sein, er wollte sagen, laßt das Denken sein, verharret weiter im Wunderglauben, dem ich meine Existenz verdanke. — Wir aber wollen immer und immer den Menschen zurufen, laßt euch ab vom Wunderglauben, denn er ist der Feind jeden Fortschritts. Im Sozialismus hat der Wunderglaube keinen Platz. D. D.

Gutes Licht ist der beste Arbeitshelfer



OSRAM

Erhältlich in den OSRAM-Verkaufsstellen.

Hohe Lichtleistung, verbunden mit großer Wirtschaftlichkeit.

Aus aller Welt

Neuer Hungermarsch auf Washington

Washington, 28. Nov. (Neuer). Von verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten aus haben sich heute etwa 800 Hungerdemonstranten und Kommunisten in Richtung Washington in Bewegung gesetzt. Sie bilden die Vorhut von mehreren tausend Vertretern von Arbeitslosen, Kriegsteilnehmern und Farmern, die ihnen nach Washington folgen wollen, um dort dem Kongress ihre Forderungen, darunter Stundung von Schulden, zu unterbreiten.

Schwerer Verkehrsunfall in Breslau

Breslau, 28. Nov. In der Siedlung Wisnig geriet heute ein Radfahrer, der verkehrswidrig fuhr, in die Fahrbahn eines städtischen Autobusses. Der Lenker des Autobusses rief das Steuer so hart herum, daß der Wagen gegen einen Chauffeurbaum fuhr. Trotzdem wurde der Radfahrer überfahren und getötet. Außerdem wurden nahezu alle Insassen des Autobusses verletzt. Elf von ihnen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Auf der Gamsjagd abgestürzt

GNB. Innsbruck, 28. Nov. Der Jäger Hermann Thöni aus Ried im Oberinntal stürzte bei der Verfolgung einer angeschossenen Gemse im Tschannachtal etwa 100 Meter tief in eine Klüft ab, wo er mit zerstückelten Gliedern tot liegen blieb.

Böser Ausgang

GNB. Berlin, 28. Nov. In dem Büro der Brodenlammlung in der Ackerstraße wurde heute mittag der 26 Jahre alte Arbeiter Karl Merkle von einem Kriminalbeamten in der Notwehr erschossen. Wie zu diesem Verfall vom Conti-Büro gemeldet wird, erschien heute mittag bei der Kriminalpolizei des zuständigen Polizeireviers ein junger Mann und gab an, daß er von Merkle mit einer Pistole bedroht worden sei. Als der Beamte in dem Büro der Brodenlammlung erschien, forderte er von Merkle die Herausgabe der Pistole. Merkle zog einen Trommelrevolver aus der Tasche und ging mit den Worten „Kriegst auch noch ein Ding verdammt!“ auf den Kriminalbeamten ein. Der Beamte wehrte jedoch den Angriff ab. Es kam zu einem Handgemach, in dessen Verlauf der Kriminalbeamte einen Faustschlag ins Gesicht erhielt. Merkle drohte dem Beamten nochmals mit Schießen. In seiner Bedrängnis gab der Beamte einen Schuß aus seiner Dienstpistole ab, der seinen Angreifer in die Brust traf.

Unvorsichtigkeit mit der Schußwaffe

Düsseldorf, 28. Nov. Ein Reichwehrgesoldat, der hier zu Besuch weilte, führte auf der Straßenbahnfahrt einem Beileiter eine Pistole vor. Plötzlich ging ein Schuß los. Der Beileiter wurde in der Nackengegend verletzt. Der Reichwehrgesoldat versuchte, die Waffe gegen sich selbst zu richten, wurde jedoch daran verhindert.

Eisenbahnfähren über den Vermelfanal

London, 28. Nov. Den Vätern zufolge hat die Southern Railway beschlossen, einen Eisenbahnfährendienst zwischen Dover und einem französischen Hafen, wahrscheinlich Dunkirk, einzurichten. Mit der Fährde sollen hauptsächlich Güterzüge befördert werden, um das seitraubende und kostspielige zweimalige Umladen von Waren zu vermeiden. Die Fährboote, von denen drei gebaut werden sollen, werden aber auch imstande sein, Passagiere zu befördern.

Das Schachtungslid bei Hindenburg

Hindenburg, 28. Nov. Der in den Delbrück-Schächten eingeklemmt liegende Füller Rothkorn ist Montag früh an Herzschwäche gestorben. Die übrigen Rettungsarbeiten gehen weiter.
Hindenburg, 28. Nov. Zu dem Tode des Füllers Rothkorn, der seit Donnerstag auf dem Redenslöz der Delbrück-Schächte eingeklemmt und bereits seit Freitagabend bis auf die von einer mächtigen Steinplatte eingeklemmten Füße festgesetzt war, erlähnte er in allerletzter Minute des Lebens. In der letzten Kohlenladung hatte die Rettungsmannschaft mit einem Draht vorgeschoben und erlaubt, die Beine des Verunglückten bereits in etwa einem halben Meter Entfernung gefühlt zu haben. Sein Tod kam der Rettungsmannschaft vollkommen überraschend. Noch gestern abend waren dem Unglücklichen nur Störungen und Verletzungen festgestellt worden. Auch sonst war Rothkorn soweit geschützt, wie es irgend möglich war, so daß sein Oberkörper verhältnismäßig außer Gefahr war. Als Todesursache bleibt nur die Erklärung, daß Herzschwäche eingetreten ist. Blutverlust scheint die Herzschwäche im Gefolge gehabt zu haben.

Revolvererschlag nach einem Fußballwettbewerb

GNB. Paris, 28. Nov. Wie der Sportzeitung „Auto“ von Buenos Aires berichtet wird, ereignete sich dort anlässlich des Schlußspiels um die argentinische Fußballmeisterschaft heftige Zwischenfälle. Unter den Zuschauern kam es plötzlich, ohne daß jemand genau wußte warum, zu Schlägereien. Bald gingen sie mit Füßen aufeinander los, zuletzt artete die Schlägerei in eine Revolvereschlacht aus. In kurzer Zeit lagen zahlreiche Verletzte zu Boden. Als die Polizei einschritt und die Tribünen geräumt wurden, mußten drei Schwerverletzte davon getragen werden, bei denen Lebensgefahr besteht. Im ganzen wurden etwa 100 Personen verletzt.

Zwei Reichwehrgesoldaten schwer verunglückt

GNB. Wehlar, 28. Nov. In der vergangenen Nacht fand auf der Straße Wehlar ein Motorradfahrer im Graben zwei Reichwehrgesoldaten bewußtlos auf. Daneben lag das zerstückelte Motorrad. Beide hatten, wie sich später herausstellte, schwere Verletzungen an Kopf und Beinen. Ihr Zustand ist lebensgefährlich. Auf welche Weise sich der Unfall zugetragen hat, konnte, da die Soldaten noch nicht vernunftfähig sind, noch nicht ermittelt werden.

Phosgenas im Hirtaal

GNB. Halle, 28. Nov. In einem Hirtaal des Phosgenologischen Instituts der Universität Halle ereignete sich Montagvormittag ein aufsehender Vorfall. Als man damit beschäftigt war, einige Stahlflaschen, in denen sich Reste von Phosgen befanden, veränderterartig zu machen, wurde eine Flasche aus unvorsichtiger Ursache un dicht. Das außerordentlich giftige Phosgenas strömte aus und verbreitete sich sehr schnell im Hirtaal, der von den Studenten Lustgarten verlassen wurde. Der Feuerwehr, die mit schwerem Gaslösungsgerät voran, gelang es, das Gift abzubilden und so jede weitere Gefahr zu beseitigen. Gesundheitlichen Schaden hat niemand erlitten.

Verbrecherischer Anschlag auf Bahnanlagen bei Ludwigshafen

GNB. Ludwigshafen, 28. Nov. Die Reichsbahndirektion teilt mit: Sonntag nachmittag wurde in der Nähe des Bahnhofes Pinnentfeld die Drahtleitung eines Ausfahrtsignales von der Rolle abgeworfen, so daß das Signal nicht mehr bedienbar war. Eine Suche in der Signalstation aufbewahrt waren, wurde erbrochen, die Glasfäden an den Leitern wurden zertrümmert. Außerdem wurden an einem Postkasten die Lichtblenden durch Steinwürfe zerstört.

Selbstmordversuch

GNB. Hamburg, 28. Nov. Der Hamburger Arzt Dr. Ench, wegen den schweren Beschuldigungen erhoben wurden, die am Samstag zum Erlaß eines Haftbefehles führten, hat versucht, sich der Verhaftung zu entziehen. Dr. Ench hat sich selbst eine Startramplifikation beigebracht und wurde in bewußtlosem Zustande dem

Krankenhaus zugeführt. Offenbar hat sich der Arzt mit virulenten Tetanusbakterien vermischt, so daß eine Rettung ausgeschlossen erscheint.

Neues Erdbeben in Holland

Amsterdam, 28. Nov. In verschiedenen Orten der Provinzen Limburg und Nordbrabant wurden wieder Erdstöße wahrgenommen. Besonders stark waren die Stöße in der Stadt Herzogenbusch zu verfühlen.

Hinrichtung mit Vethalgas in Amerika

Paris, 28. Nov. Nach einer Meldung aus Canton City im Staate Nevada werden dort Vorkerkungen getroffen, um einen zum Tode Verurteilten durch Vethalgas hinzurichten. Im Staate Nevada ist seit 1925 die Hinrichtung mittels Vethalgas eingeführt, die angeblich den sofortigen Tod herbeiführt.

Haftbefehl gegen Ludwig Renn

GNB. meldet aus Berlin: Der Schriftsteller Arnold Bitt von Gollsenau, genannt Ludwig Renn, der bei der Durchsicherung der Maximalistischen Arbeitsschule in der Schilderstraße festgenommen war, wurde heute dem Vernehmungsrichter unter der Beschuldigung vorgeführt, Umsturzpläne in Aufzeichnungen und Schriften verbreitet zu haben. Gegen ihn wurde Haftbefehl wegen Vorbereitung zum Hochverrat erlassen.

Bullerjahn-Prozess

Der Verteidiger beantragt Freispruch

GNB. Leipzig, 28. Nov. Am Montag begannen die Plädoyers der Verteidigung im Bullerjahn-Prozess. Als erster sprach Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld. Er drückte seine feste Überzeugung von der Unschuld des Angeklagten aus und stellte den Antrag auf Freisprechung.

Dr. Rosenfeld befahte sich im Verlauf seiner Verteidigungsrede mit den verschiedenen Indizien, auf die sich der Verdacht gegen Bullerjahn stützt. Dr. Rosenfeld erklärte abschließend, die Indizien des Rechtsanwalts weisen nicht auf die Schuld, sondern auf die Unschuld Bullerjahns hin. Der Verdacht vom 23. Dezember müßte ein anderer als Bullerjahn gewesen sein. Der Angeklagte sei unschuldig, und es bleibe nur die Konsequenz, ihn freizusprechen und ihn nach achtjährigem Kampf zu rehabilitieren. Eine Freisprechung werde ein Ruhmesblatt in der deutschen Rechtsprechung sein. Die Verhandlung wurde am morgen vertagt.

Morgen wird Rechtsanwalt Prof. Dr. Sinsheimer das Wort ergreifen.

Ein schönes Landhaus ist abzugeben

aus den Gewinnen der Arbeiterwohlfahrtslotterie 1932.

Der Kampf um den Badenwerk-Strompreis

An alle Stromabnehmer des Badenwerks!

Uns wird geschrieben:

Nachdem sich das Badenwerk bewegen sollte, sich zu den Forderungen der Stromabnehmer in dem vom Badenwerk herausgegebenen Nachrichtensblatt zu äußern, sehen wir uns veranlaßt, uns mit dieser Stellung zu beschäftigen.

Vorweg sei bemerkt, daß es eine Freijährigung der Stromabnehmer des Badenwerks ist, wenn die Sache so dargestellt wird, als ob es sich nur um Forderungen der Stromabnehmer von Biergärten handeln würde. Hinter diesen, als unüberwindlich erklärten Forderungen stehen bis zum heutigen Tage 18 000 unterschrieben erhaltene Stromabnehmer, die in unzähligen Versammlungen die Forderungen nach einer Strompreissenkung aufgestellt haben. In allen diesen Versammlungen wurden von den immer in Massen erschienenen Stromabnehmern Kommissionen gewählt, die dann zusammen mit den anderen Dingen eine Bezirkskommission zur Vertretung ihrer Interessen bildeten.

Zu den vom Badenwerk angeführten Gründen, daß eine weitere Senkung der Strompreise nicht möglich ist, sei nur bemerkt, daß die hinter uns stehenden Stromabnehmer unter feinsten Umständen bereit sind, sich damit abzufinden.

Zudem wollen wir gleich vorweg die Worte weiterer Senkung der Strompreise betonen. Das Badenwerk hat ab März dieses Jahres wohl die Preise der zweiten und dritten Staffel seines Preises gesenkt, und zwar in der zweiten Staffel, das ist die Mindestabnahme um bis 100 Prozent übersteigender Mehrverbrauch pro Monat) von 30 auf 27 Pfennig, und in der dritten Staffel, (das ist der Mehrverbrauch, der die 100 Prozent der zweiten Staffel pro Monat übersteigt) von 12 auf 10 Pfennig. Also sage und schreibe 3 bzw. 2 Pfennig, und auch noch dort, wo eine dementsprechende wirtschaftliche Voraussetzung einen Mehrverbrauch überhaup nicht zuläßt, und das nennt das Badenwerk eine Strompreissenkung. Dagegen blieb die Mindestabnahme seit ihrem Bestehen im Preise unberührt. Zu dieser Preisfestlegung ist erklärend hinzuzufügen, daß diese für das Werk noch nicht einmal einen Ausfall bedeutet, da ja den Gewerbetreibenden eine Mehrbelastung auferlegt wurde, in dem Sinne, daß für eine gewöhnliche Lampe außer der Mindestabnahme 60 Pfennig berechnet wird.

Ein Beispiel zeigt uns, daß genannte Preisfestlegung nur eine untergeordnete bezw. gar keine Rolle für den Abnehmer spielt. Ein Abnehmer mit 4 Brennstellen muß im Monat 4 Kilowatt abnehmen bezw. bezahlen. Angenommen er hat einen Verbrauch pro Monat von 10 Kilowattstunden, so sind also 6 Kilowattstunden der Mehrverbrauch da, von denen entfallen 4 Kilowattstunden in die zweite Staffel, und 2 Kilowattstunden in die dritte Staffel.

Die Rechnung lautet dann heute:

Mindestabnahme 4 Kilowattstunden	2.22
Mehrverbrauch 2. Staffel 4 Kilowattstunden à 27	1.08
Mehrverbrauch 3. Staffel 2 Kilowattstunden à 10	0.20
Zusammen	3.50

Die Rechnung lautete früher:

Mindestabnahme 4 Kilowattstunden	2.22
Mehrverbrauch 2. Staffel 4 Kilowattstunden à 30	1.20
Mehrverbrauch 3. Staffel 2 Kilowattstunden à 12	0.24
Zusammen	3.66

Verbilligung also bei 10 Kilowattstunden 16 Pfennig. Dabei ist zu bedenken, daß die Mehrzahl der Abnehmer überhaupt keinen Mehrverbrauch erwischen können, und bei diesen auch folgedessen für das Werk überhaupt kein Ausfall in Frage kommt. Wir sehen also, daß eine Propagierung mit der vorgenannten Preisfestlegung überhaupt nicht berechtigt

Die belgischen Wahlen

Die verstärkte Stellung der Sozialdemokratie

Brüssel, 28. Nov. (Ein. Draht.) Infolge der Eigenart des belgischen Systems der Listenverbindungen ergeben die belgischen Wahlen wesentlich schwächere Verschiebungen der bisherigen Kräfteverhältnisse der Parteien, als anfangs angenommen werden mußte. Im ganzen gewinnen die Sozialisten trotz des starken Stimmengewinnes in allen Teilen des Landes drei Mandate. Sie steigen von 70 auf 73 Mandate.

Die sozialistischen Gewinne wurden in Brüssel, Antwerpen und Berviers erzielt, wo der junge sozialistische Kandidat Sommerhagen, der sich in seiner eifrigen und mühtigen Weise für die Interessen der Arbeiterbevölkerungen des deutschen Sprachengebietes und für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts betätigt, wieder gewählt wurde. Die Katholiken gewinnen gleichfalls drei Mandate und steigen von 76 auf 79. Einer dieser Gewinne geht auf Kosten eines katholischen Wides. Zwei der gewonnenen Mandate wurden den belgischen Frontisten entzogen, die futurpolitisch schon immer zu den Katholiken gerechnet werden mußten. Die Liberalen verlieren vier Mandate. Von 28 Mandaten behaupten sie 24. Der Verlust der belgischen Frontpartei vermuten liegen. Sie verlieren zwei Mandate. Die Kommunisten behaupteten ihre Mandate in Brüssel und gewannen je eines in Lüttich und Charleroi.

Die bisherige Regierungskoalition kann sich amot weiter halten, aber ihre Stellung ist erheblich erschwert. Die Sozialisten können eine bedeutend gestärkte Oppositionsstellung unter parlamentarisch günstigeren Bedingungen beziehen.

Soziale Rundschau

Die Pressestelle beim Staatsministerium schreibt uns

Täglich mehrten sich die Hilfereise aus armen Notdürftlern Baden. Es ist für ausgefeuertere Familienmitglieder angedacht, die niedrige Unterhaltungsätze einfach unmöglich, für sich und eine mehrköpfige Familie Schube und Kleidungsstücke zu kaufen. Was in früheren Jahren angekauft werden konnte, ist verbraucht. Die Schube sind zerfallen; sehr oft fehlt sogar das Geld zum Sockelkaufen. Die Kleider sind bis auf ein Maß abgetragen, das schließlich unerkennbar ist. Man muß solche Familienmitglieder in ihren armeneligen Kleidern einmal ansehen haben, sie von ihrer Not erzählen können; man muß wissen, wie diese Väter und Mütter für unbedeutendes Schicksal ertragen, wie viele Sorgen sie sich um ihre Kinder machen, bei denen der Mangel an gutem Schuhwerk, an warmen Winterkleidern schon im Vorjahre anerkennbar gemacht hatten.

Sie muß geholfen werden! Sie öffnet sich für uns alle ein Tätigkeitsfeld der Nächsten- und Nächsterliebe. Um helfen zu können, bittet die Badische Notgemeinschaft, deren Tätigkeit sich auf 100 badische Notdürftler erstreckt, alle guten Menschen, die selber Vater und Mutter sind, dieser Not zu gedenken. Bei dieser armen Volksgenossen sollten alle getragenen Schube und jedes abgelegte Kleidungsstück der Winterhilfe zugeführt werden. Es besteht dafür taubensache Verwendung in armen Familien, für die solche Hilfeleistung — auch das muß man einmal gesehen haben — von Herzen dankbar sind.

ist, und zwar aus dem Grunde, daß die Mindestabnahme keine Verbilligung erfahren haben.

2. Beispiel: Ein weiterer Vergleich mit einer Erlebensleistung. Wir haben als Beweis einen Ort mit 2500 Einwohnern, der in der Vorkriegszeit rund RM. 800.— für die Beschaffung der Elektrizität ausgab. Derzeit kostet heute die Durchschnittsumme von RM. 300.— im Monat, wobei noch hinzu kommt, daß obwohl das Badenwerk das Ertragsbestrebt, und auch erzielt hat, die Gemeinde aber zu der Erstellung der Landeseinein Zufußhelfte, der nach ungenutzten Feststellungen rund RM. 80 000 betrug, was nach Umrechnung auf Goldmark zu dem Einzahlungsstage etwa RM. 30 000 entsprach. Wenn man die Zinsverluste für dieses Geld noch hinzurechnet, so ist jedenfalls durchaus kein Vorteil mehr festzustellen.

Weiter ist auch der immerwährende Vergleich mit dem Petroleum einmal näher zu unteruchen. Wir haben Zufälligen festgestellt, daß Familien vor der Einführung des elektrischen Lichtes mit einem Liter Petroleum die Woche ausgekommen sind, was damals einem Preise von 20—22 Pfennig entsprach. Wo bleibt aber der technische Fortschritt, vor allem dessen Vorteile für die Massen der unteren Schichten der Bevölkerung, wenn man in der Propaganda für die Elektrifizierung immer wieder den Vergleich mit einer überholten Einrichtung zieht, deren Nutzen bemerkt, nicht einmal ganz den wirklichen Reaktionen entspricht.

zur Frage der Löhne und Gehälter haben wir zu bemerken, daß wir nicht einen Abbau des lohnrechtes verlangen, sondern einen Abbau der nicht mit der großen Not des Volkes im Einklang zu bringenden Gehälter der Direktion, die selbst ein Abgeordneter des Landtages in der Sitzung vom 17. März als Schönheitsfehler bezeichnen mußte. Wenn man so die Stellung des Badenwerkes vom Standpunkte des Kleinverbraunders betrachtet, so muß man zum Schluß kommen, daß man trotz aller Beteuerungen einfach nicht eine Strompreissenkung durchführen will.

Man erklärt immer wieder, daß dem „Werk“ wenn mehr Strom verbraucht wird, keine besondere n. Mehrkosten entstehen, aber daß man daraus den Erlös ziehen sollte, daß man die Strompreise senken könnte, um dadurch einen größeren Verbrauch zu bewerkstelligen, dazu fehlt entweder der Wille

oder die Möglichkeit, das Werk in größerem Maße auch den unteren Bevölkerungsschichten nützlich zu machen. Wir richten deshalb an alle Stromabnehmer des Badenwerkes erneut die Aufforderung, soweit sie sich noch nicht durch ihre Unterzeichnung der Unterschriftenaktion angegeschlossen haben, daß sie es in den nächsten Wochen nachholen. Wir appellieren überall Ortskomitees für Strompreissenkung, damit die von uns dem Landtag eingereichte Dringlichkeitspetition von einer großen Masse von Stromabnehmern gestützt wird. Wir werden nicht eher ruhen, als bis es gelungen ist, zu Gunsten der großen Masse der Kleinabnehmer eine fühlbare Strompreissenkung durchzusetzen.

Sendet sofort nach Abschluß der Unterschriftenaktion die Listen an die Bezirkskommission ein. Es muß durch beschickte Propaganda gelingen, die bis heute gesammelten 18 000 Unterschriften zu vervielfachen. Mit verstärkter Kraft an die Arbeit, damit der in den nächsten Wochen zusammenzutretende Landtag sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen muß.

Zu folgenden Orten des Badenwehler Bezirks sind die Unterschriften sammelnden schon durchgeführt: Bissersdorf, Gengenbach, Hirschbach, Weiler, Elmendingen und Dietlingen. Zur Aufklärung und Unterstützung in organisatorischer Hinsicht ist der Gewerbeverein Dietlingen jederzeit bereit.

Am übrigen werden wir uns nicht durch Drohungen des Badenwerkes mit Strompreiserhöhungen abdrücken lassen. Die notwendigen Kampfmittel anzuwenden.

Bezirkskommission der Stromabnehmer des Badenwerkes
Fochheim bei Karlsruhe, Friedenstraße 345. I. u. G. Keller

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

29. November.

1802 Dichter Wilhelm Hauff. — 1830 Völkensprung gegen Bayern. — 1839 Dichter Ludwig Anzengruber. — 1878 Malerenausstellungen aus Berlin. — 1919 Bildhauer Fritz Schöner. — 1924 Komponist Giacomo Puccini. — 1926 Schlagwetter auf See „De Wende!“ bei Hamm (5 Tote).

Kind vermisst

Das dreijährige Söhnchen des Arbeiters Friedrich Springer im Stadtteil Ruppurr wird seit gestern vormittag vermisst. Das Kind war von seiner Mutter gegen 11 Uhr zu dem im Garten arbeitenden Vater geschickt worden und ist seitdem nicht wieder nach Hause gekommen. Da in der Nähe der Wohnung der Mühlwiesenbach liegt, vermutet man, daß das Kind in den Bach gefallen und ertrunken ist, doch ist es bisher trotz der hochgezogenen Schleusen nicht gelungen, eine Spur von dem Kind zu entdecken. Polizei und Feuerwehr sind eifrig tätig, um das Kind zu suchen, doch blieben die Nachforschungen bis jetzt erfolglos.

Brot

Seit einigen Tagen blüht von den Anschlagssäulen der Stadt das noch letzte Winter noch bekannte Plakat der Winterhilfe herab. Oft schon sind wir daran vorbeigegangen, aber haben wir es uns wieder einmal ruhig betrachtet und das Bild eindringlich zu uns sprechen lassen? Das Plakat stellt eine schwarz-weiße Graphik von Käthe Kollwitz dar. In der Mitte des Bildes die Mutter, die sich abwendet. Aber auch ohne ihr Gesicht zu sehen, lesen wir aus der vorgebeugten Haltung ihres Rückens ihren Schmerz. Sie wendet sich ab, denn der Schrei nach Brot, den ihre beiden Kinder an ihr richten, zerreißt ihr das Herz, weil sie ihn nicht erhören kann. Krampfhaft klammert sich das eine der Kinder an der Mutter Rock, während das andere nur mit heißen hungrigen Augen sie wortlos vergebens bittet.

Als dieser Eindruck von Käthe Kollwitz im Jahre 1923 erschien, erregte es großes Aufsehen. Unhörbar klopfte die Künstlerin damit den Wohlhabenden ans Herz, die Augen zu öffnen und zu schauen, wie das Leben aussehen kann. Er sollte ein Hilfswerk sein für solches Elend. Viele hatten das noch nie im Leben gesehen, geschweige denn in der Kunst. Diese toll gefallenen, erlösten, uns die Sorgen vergessen machen. In diesem Bild wird das Leben ganz ohne Verschönerung dargestellt, an unserem Mitleid wird gerührt, immer wieder soll der Ruf der hungernden Kinder uns im Ohr erklingen. Wer mit offenen Augen vor diesem Bild steht, der weiß, daß die Motive solcher Kunst nur ethischer Natur sind, aus ehrlicher Naturliebe entspringen. Soll Eindringlichkeit sprich es zu uns und will uns bitten.

Und heute? Muß sich heute nicht jeder selbst einschränken aufs äußerste, weshalb denn noch mehr Elend zeigen, als wir schon täglich sehen? Weil es manchmal doch noch besser geht, trotz allem, als den wirklich notleidenden Erwerbslosen. Wir wollen sie nicht vergessen. Kein hungernder und frierender Mitbürger unserer Stadt soll von der Winterhilfe der Groß-Karlsruher Notgemeinschaft übersehen werden. „Brot! — Brot! — Brot! — Brot!“

Kriegsopfer-Konferenz

Am Sonntag, den 27. November 1932 veranstaltete der Kreisverband der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserwerbslosen, Gau Baden, eine Bezirks- und Ortsgruppenverbände-Konferenz für den Kreis Karlsruhe. Die Tagesordnung hatte 3 Referate vorgezogen, welche für die mehr als 300 Funktionäre von großem Interesse und Wert waren. Nach Begrüßungsworten des 2. Gauvorsitzenden, Herrn Schilling-Karlsruhe, ergriff der 1. Gauvorsitzende, Herr Engelhardt-Heidelberg das Wort und referierte über Sozialpolitik. In ausführlicher Weise schilderte er die Gefahren, die für die Sozialpolitik bestehen und betonte, daß die Sozialpolitik zu stark von der Wirtschaftspolitik beeinflusst wird. Er ging auf die parteipolitische Neutralität des Bundes ein und brachte zum Ausdruck, daß es der Reichsbund ablehne, ein Anhängel einer bestimmten Partei zu sein. Die im Laufe der letzten 2 Jahre erzielten Verbesserungen hätten auch den Kriegsopfern großes Unrecht zugefügt. Anschließend berichtete der Geschäftsführer, Herr Gerlinier, über das Vorgehen und den Verlauf der Konferenz im Gau Karlsruhe. Er beklagte die Hand beweislich unterliegenden Parteien. Viele Beschlüsse der Konferenz seien durch die Notverordnungen in Karlsruhe umgangen worden, die Berufsausbildung der Kriegserwerbslosen sei wesentlich gehemmt, weil bei Vorliegen einer Berufsausbildung nach Gutdünken der Versorgungsbehörde nur ein Kontakt in Form einer Bescheinigung oder auch in Form von Rente in Frage komme. Die Versorgungsrechtsprechung wurde vom Redner ebenfalls einer Kritik unterzogen und mit Bedauern mußte die Konferenz feststellen, daß seitens des Reichsbundes keinelei Zurückhaltung geübt werde. Sogar bei völlig erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten, die nur noch das Bett mit einem Belegstuhl vertauschen können, schreie der Reichsbund bezüglich der Pflegezulage vor. Nicht zurück.

Die Konferenz hatte noch ein weiteres Referat der Frau Martin-Wannheim über die soziale und wirtschaftliche Lage der Kriegserwerbslosen entgegengenommen. Ihre Ausführungen ließen erkennen, daß die Kriegserwerbslosen ein Existenzminimum für den Lebensunterhalt nicht aufzuweisen haben und daß ihre idealen Verluste gar nicht überaus nicht ersetzt werden können. Durch rückständige Abstriche in der Versorgung könne die Berufsausbildung der Kriegserwerbslosen nicht mehr als sichergestellt betrachtet werden. Die Rednerin verlangte, daß eine durchgreifende individuelle Fürsorge für die Kriegserwerbslosen in Frage zu stellen habe, da die Kriegserwerbslosen es nicht verdient hätten, daß man sie an das Arbeitsamt verweise. Die Aussprache war sehr anregend. In den Schlussworten des Herrn Engelhardt wurde auch auf die Friedensbestrebungen des Reichsbundes hingewiesen, und erklärt, daß das Wort vom deutschen Wollfahrtstaat auf die Kriegsopfer keine Anwendung finden könne, weil selbst Regierung und Parlament die Versorgung früher als nicht ausreichend bezeichnet haben.

Zwischen Hoffnung und Enttäuschung

Ein Arbeitsloser schildert seinen grauen Alltag

Von einem Arbeitslosen wird uns geschrieben:

Stempeln! Ein gefürchtes Wort. Eine seelische Folter für jeden, der sich selbständig durchs Leben geschlagen hat.

Bald wird es ein Jahr, seitdem ich diesen bitteren Gang angetreten habe zum Arbeitsamt. Das keine Arbeit bietet und das man deshalb mit Galgenhumor „Stempelstelle“ nennt. Gabe es 365 Wege zum Arbeitsamt, ich hätte jeden Tag einen anderen gemählt. So aber muß ich amischen 5 oder 6 Wegen abwechseln. Und jedesmal lastet es wie ein Alldrücken auf mir, bis ich den so sehr gefürchteten Gang hinter mir habe. Und morgen und übermorgen und wie lange noch — immer wieder dieser gebaute Weg.

Die Ausschlusung ist der schlimmste Tag in der Woche. Schon das Wort „Unterstützung“ ist bedrückend. Dann anstellen, oft schon auf der Straße, hundelange seine Arbeitslosigkeit öffentlich zur Schau stellen müssen. Das macht bitter. Gute Bekannte grüßen. Sie arbeiten noch, bebauern dich. Geht ihm noch ganz gut, denken sie, denn sie beurteilen dich nach den ordentlichen Kleidern und der sauberen Wäsche, auf die der Arbeitslose sehr viel hält, um immer einen guten Eindruck zu machen.

„Sie leben sehr gut aus. Gesundheit ist die Hauptsache!“ Und dann das Fürchterliche: „Sie erhalten doch Unterstützung?“ Du bestätigst, sie sind beruhigt. Aber was nützt dir dieser Trost?

Ja, du siehst noch gut aus für einen Arbeitslosen. Bist gesünder dazu. Vielleicht das doch mal ein Arbeitgeber auf dem Arbeitsamt sich einige Leute vorstellen läßt. Also mußt du immer einen ordentlichen Eindruck machen. Auch den Bekannten gegenüber, die dir weniger auf geizt und dich lieber überhürlich so zerrissen sehen möchten, wie du es innerlich bist. Aber ins Innere siehst ja keiner. Gott sei Dank. Welche Bilder bekämen wir sonst zu sehen auf der Straße. — Und erst zu Hause!

Langsam ist das Ersparte zur Neige gegangen. Haushalt, Annoncen, Beteiligungen mit Kildporto haben viel Geld verschlungen. Nicht locker lassen, denkst du; fährst mit der Bahn da und dorthin.

stellst dich persönlich vor, bittest um Arbeit. Umsonst ist dein Kleingeld ausgegeben. Nach neuer Hoffnung nur neue Enttäuschung.

Man ist müde, müde, hoffnungslos! Die Häuser, Büros, Fabriken, deren Inneres dich früher erfreute, haben plötzlich ganz andere Gesichter. Fremd, abwehrend, so feindselig leben sie dich an. Du hast nichts mehr mit ihnen zu schaffen. Bist ausgestoben!

Das Rattern der Räder, das Klappen der Klappen der Dämmer, früher lodend, werdend, sagt dich jetzt in die Flucht. Man braucht dich nicht. Es geht ohne dich. Weiter, weiter — irrren die Maschinen! Fort, fort, fort... Klatschen die Riemen. Weg, weg, weg knirscht ein Fallwerk. Du schleichst nach Hause, schauft zu Boden oder geradeaus. Willst niemand sehen und nicht gerührt werden. Willst selbst niemand grüßen, möchtest dich am liebsten verkriechen, bis du wieder Arbeit gefunden. Keine Geschäftsausschlusung darf dich locken. Und doch stockt dein Fuß mechanisch bei einem Waffengeschäft. Trübe sind deine Gedanken. Schreiest über die Straße. Die Eng hat immer wenig Wasser. Ist jetzt keinia, denkst du. Das hat dich früher nie interessiert. Du strebst weiter nach Hause. Der Rest der Suppe vom Mittag wird mit Kartoffeln verdrückt, am Gasbrenn aufgewärmt. Und wieder fallen dir alle möglichen Gedanken ein. Wie kann ich ändern? Wie lange noch so weiter?

Zu Bett. Schlafen. Nichts denken. Einhalb 2 Uhr nachts. Ein Auto, das die Straße heraufbrummt, weckt dich. Autolenker! Glücklicher Wunsch denkst du. Hat Arbeit mitten in der Nacht. Und er hat ein Ziel. Am Hügel gegenüber ziehen die Lichter eines Buces vorbei. Im kurzen Stöben löst die Lokomotive den fahrtbelebenden Atem in die Luft. Immer schneller und heftiger knäht das eiserne Ungeheuer. Zwischen zwei solchen Atemzügen liegt der Friede. Du schläfst endlich wieder. Träumst, arbeitest, bist glücklich — bis zum Erwachen.

Morgens. Es war nur ein Traum. Du darfst nicht arbeiten. Bist ein freier Mann. Nur Gefangene müssen zur Strafe arbeiten. Freie Männer müssen zur Strafe feiern. W. G.

(1) Außerverkehrssetzung der Achtsennig-Postkarten. Alle Postkarten mit eingebundener Freimarke zu 8 Pfennig (Zerlegungswert 6 Pfennig) verlieren im Verkehr nach dem Auslande Ende November ihre Gültigkeit. Im inneren deutschen Verkehr dürfen sie noch bis Ende Juni 1933 benutzt werden.

(2) Friedrich Mose 70 Jahre alt. Der einem altbabilischen Geschlecht entstammende, in der Musikwelt weit bekannt gewordene Komponist Friedrich Mose tritt am 29. November ds. J. in's achte Jahrzehnt seines Lebens. Besonders in seiner Heimatstadt, in Karlsruhe, wird dieser Tag feierlich begangen und mit der Wiederaufführung der Märchenoper „Die Ballfahrt nach Reblaar“, die ja unter Felix Mottl 1903 am ehemaligen Hoftheater ihre Uraufführung erlebte, an die musikalische Hauptleistung Mose erinnert werden. Aber nicht allein dieses Meisterwerk, das längst in den Dauerbestand des deutschen Repertoires übergegangen ist, hat den Namen seines Autors überall dort, wo wirklich musikalisch interessierte Menschen wohnen, getragen. Das verdankt Mose nicht minder einigen anderen Großtaten, von denen die hinförsige Dichtung „Das Leben ein Traum“, dann die heimeische Ballade „Die Ballfahrt nach Reblaar“ und mit besonderem Nachdruck das monumentale Oratorium „Der Sonne Geist“, genannt sein, weil es in vielfachem Sinne die Krönung seines zwar nicht sehr umfangreichen, aber inhaltlich umso bedeutenderen Gesamtwerks darstellt. Mose, der seine kompositorischen Studien noch bei Vinzenz Lachner begann, wurde später Privatpfeiler Anton Brudners und verdankte dieser dreijährigen Lehrzeit nicht nur eine unerhört gereifte Kontrapunktische Sachkunst, wofür u. a. das dem Andenken des österreichischen Sinfonikers gewidmete Orgelwerk „Präludium und Doppelfuge“ sowie ein Streichquartett in C-Dur beneidenswürdiges Beispiele sind, sondern auch eine hervorragende Befähigung zum pädagogischen Unterrichte, das er zunächst am Wälsler Konservatorium und als Nachfolger Fuchs' dann von 1907 bis 1919 an der Wälschener Akademie des Tonkunstlers in Karlsruhe ausübte. Der heute in stiller, selbstgewählter Zurückgezogenheit meist in der Schweiz lebende Komponist genießt seiner Richtung nach zu jenem Kreis deutscher Komponisten, das Erbe eines Wagner und Brudner, aber auch eines Liszt antraten und es mutig in der sogenannten Neuronantik fortsetzten, die wiederum das Bindeglied zum zeitgenössischen Schaffen geworden ist.

(3) Ausnahme von Schneefällen und Kesselfällen in die Personenzüge 3. Klasse der Schnellzüge. Am den Wintertransportverkehr zu erleichtern, dürfen nunmehr Schneefälle und Kesselfällen nicht nur in die 3. Klasse der Eil- und Personenzüge, sondern auch in die 3. Klasse der Schnellzüge mitgenommen werden, wenn Befähigung der Reisenden und Befähigung der Wagenzüge ausgeschlossen sind. Die Eisenbahn hat sich in gleicher Weise wie bei Eil- und Personenzügen nur das Recht vorbehalten, bei einzelnen Zügen die Ausnahme auszusprechen oder die Reisenden auf besondere Anträge oder Wagen zu verweisen. Es darf erwartet werden, daß sich Antragsverfahren bei der Beförderung der Sportgeräte in den Personenzügen der Schnellzüge nicht ergeben, und daß namentlich die Sportreisenden die nötige Rücksicht auf die Mitreisenden nicht vernachlässigen lassen werden.

Aus Organisationen und Vereinen

Stiftungsfeier des Lehrgesangsvereins Karlsruhe

Am Samstag, den 26. November 1932 veranstaltete der Lehrgesangsverein Karlsruhe in den Sälen des Hotel Germania die Feier seines 49. Stiftungsfestes im Rahmen eines Familienabends. Eine große Zahl von Mitgliedern und deren Familienangehörige fanden sich in den herrlichen, warmen und stimmungsvollen Sälen ein, um mit Lied, Musik und froher Geselligkeit einige Stunden, wenn auch in kleinem Kreise nur, alle Herrlichkeit und Halligkeit unserer Zeit zu vergeffen und die Segnungen einer einmütigen Haltung und gleichen Strebens zu genießen. Die Wohlhabenheit und gehaltvolle Stille dieser Germania-Säle gibt ein stimmungsmäßiges Fundament, auf dem sich und mit immer Teilnahme aufzubauen ist trotz aller von der Not der Zeit gestohlenen Bescheidenheit. So wurde diese Veranstaltung des Lehrgesangsvereins wirklich zur Feier. In schönem Wechsel lösten sich wertvolle Darbietungen ab. Hr. E. Friede Braun erfreute mit Liedern von Schumann, Mozart und Schubert, geschmackvoll am Flügel begleitet von Herrn Willi Preis. Der Männerchor ließ sich mit zwei der Stände angepaßten Chören hören, und die gut zusammengesetzte und flott spielende Kapelle „Anton Bach“ freute zwischen diese Darbietungen schöne Weisen. Im Mittelpunkt der Feier stand die Ehrung verdienter Sänger, die der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Julius Fischer, vornahm. In trefflichen Worten stellte er die Notwendigkeit einer gemeinsamen, einigenden Plattform aus dem Geist der Musik, des Liedes und der Geselligkeit fest, schilderte in kurzen Zügen den Werdegang des Vereins aus kleinen Anfängen mit dem gleichen großen Ziel, das heute noch lebendig sein mußte, dankte den Treuen, die ihre Ideale allen Gefahren unserer Zeit zum Trotz hochhalten und schloß, am Vorabend des hundertjährigen Vereinsjubiläums, mit einem herzlichen Nachruf an alt und jung, die höchsten Ziele des Vereins nicht aus den Augen zu verlieren und um ihrer Erhabenheit und inneren Bereicherung willen Opfer und Mühen nicht zu scheuen, wie die Getreuen, die an diesem Abend für ihre Treue geehrt werden konnten.

Hr. E. Friede Braun sang in Schuberts tiefem Lied „An die Kunst“ alle Empfindungen, die in dieser Stunde der Ehrung alle Anwesenden dankbar erfüllte. Im Auftrag der Ehrten sprach Herr Friedrich Brühl herliche Dankesworte und sagte seine erfreulichen Gedanken zusammen in dem Welterkenntnis: Wir bleiben die Alten. Mit dem gemeinsam gesungenen Bundeslied „Brüder reicht die Hand zum Bunde“ schloß die im Zeichen inniger Verbundenheit stehende Feier. An den offiziellen Teil schloß sich ein Ball, der alt und jung noch lange in froher Stimmung zusammenhielt. Der Hofen, fleißigen und originellen Jazzkapelle des Herrn Anton Bach sei hier ein besonderer Dank gesagt. D. D.

Veranstaltungen

Die lustige Jazz-Revue „Das Kullon und sein Orchester“ hören Sie am Montag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr. Wie bereits aus den Vorangehen ersichtlich, kommt das hochinteressante Jazzorchester zu einem einmaligen Gastspiel nach Karlsruhe. Das Kullon ist und bleibt der König der Jazz-Musik. Seine Musiker (die Kapelle besteht aus 22 Mann) sind ausgezeichnete Solisten, die nicht nur die verschiedensten Instrumente spielen können, sondern gleichzeitig Sänger, Tänzer, Schauspieler und Akrobaten sind und zwar alles in vollendeter Form. Die letzten Konzerte in den Städten Berlin, Leipzig, Dresden, Hamburg und Köln waren alle außerordentlich. Es gab Augenblicke, in denen das Publikum förmlich vor Begeisterung raste. Der Abend verpricht frohlockend, und findet das Konzert im großen Festsaal statt. Karten sind im Vorverkauf im Wühlhaus und Konzertdirektion Fritz Müller, Kaiserstraße 96, Telefon 388, erhältlich.

Auskünfte der Redaktion

Rangstellenbesatz. Die Bedingungen zur Aufnahme in die Polizei sind in der Hauptsache folgende: 1. Der Bewerber darf am 1. September des Jahres, an welchem er in die Polizeischule aufgenommen werden will, das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. 2. Er muß 1,70 Meter groß sein und hat sich einer genauen ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. 3. Die Einwilligung des Vaters ist mit dem Gelobnis vorzulegen. Beizufügen ist ein Zeugniszeugnis und ein selbstgeschriebener Lebenslauf. Eventuell ein Schulabschlusszeugnis. 4. Wer Sport treibt, soll dies im Lebenslauf besonders hervorheben. 5. Die Bewerbungen müssen handschriftlich und ohne fremde Hilfe vom Bewerber selbst angefertigt sein. Die Bewerber müssen fehlerfrei schreiben können; sie werden auch im Lesen geprüft. 6. Die ausgewählten und geeigneten ercheinenden Leute werden zu einer Prüfung nach Karlsruhe bestellt. Sie erstreckt sich auf Anfertigung eines Diktats, eines kurzen Aufsatzes, einer Prüfung in den Grundrechnungsarten mit schriftlichen Zahlen und auf eine Prüfung über die allgemeinen Kenntnisse des Einberufenen. Erst danach werden die einzelnen Bewilligten Karlsruhe, Volkstheater, zu rufen und werden zweckmäßigerweise in den Monaten Januar, Februar, März und April eingereiht.

Lichtspielhäuser

Das Reichsamt Milan Gardeb, Wim Frisch und Emil Forti entwickeln in diesem Volksspiel (Ein blonder Traum) eine überaus anerkennenswerte Spielreife...

Zwölfjähriges Festleben der Badischen Lichtspiele. Festprogramm: Nippon, Liebe und Leidenschaft in Japan. - Karlelin, ein Lotte Reiniger-Kunstofffilm...

EISERNE FRONT KARLSRUHE

Freitag, 2. B. 2. Dienstag 6.30 Uhr Schule. Theater Kamerad erscheint. Mittwoch, 30. Nov., abends 8 Uhr Auftreten in der 'Deutschen Eiche'...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Oststadt - Vespereabend. Heute abend 8 Uhr findet in der Karl-Wilhelm-Schule (Handarbeitsaal) Vespereabend statt unter Mitwirkung des Genossen Weismann...

Volkswirtschaftliches

Aus dem Wunschzettel des Süddeutschen Handwerksammerlages. Im großen Sitzungssaal der Handwerksammer München fand unter dem Vorsitz der Handwerksammer Karlsruhe am 19. November eine Konferenz des Süddeutschen Handwerksammerlages...

Haupt-Versammlung

Donnerstag, 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Festsaal des Restaurants 'Friedrichshof'. Tagesordnung: Berichtserstattung über den Offenburg-Parceitag...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterkarte

Unter dem Einfluss hohen Luftdruckes, der sich seit gestern auf dem mitteleuropäischen Festland verlagert hat, hat das Wetter bei uns aufgebessert...

Veranstaltungen

Dienstag, 29. November: Badisches Landestheater: Florian Geber. 20 Uhr. Casino: Schmitz-Weidweiler. 20 Uhr. Wadisches Lichtspiel: Nippon. Karlelin. 17 und 20.30 Uhr...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungen. 25. November: Vols, Pauline 64 Jahre alt, Ehefrau von Carl Vols, Reichsminister. 26. November: Bauber, Christof, 70 Jahre alt, Knicht, ledig, Beerdigung am 30. November...

Weihnachtsfreude in jedes Haus

Der unserer heutigen Auflage beiliegende Prospekt ist ein überzeugender Beweis für die außerordentliche Leistungsfähigkeit von Hermann Tied, Karlsruhe...

Kölnener Filiale. Die Kölner Filiale ist der Titel des ab heute täglich 8 Uhr im COLOSSEUM gegebenen Lustspiels. Lachen ohne Ende.

Darmstädter Hof. Bekannt für gute Weine und vorzügliche Küche. Mittag- u. Abendessen zu 70, 80 u. 100 Pfg. Jeden Mittwoch Schlachtag.

2 Beispiele genügen! Herren-Unterhosen 1,-. Herren-Socken 35,-. W. Feinert Nachf. Kaiserstraße 233.

Gaggenauer Anzeigen. Bekanntmachungen. Die nächste Mütterberatungsstunde findet am Mittwoch, den 30. November 1932, nachm. von 2 bis 3 Uhr im Rathaus (Bürgeraal) der Stadtgemeinde Gaggenau statt.

Zehn Jahre Fackelreiter-Verlag. Politisch wird der Mensch geachtet durch Bücher mit dem Fackelreiter. Lassen Sie sich diese Bücher vorlesen. Verlangen Sie reich illustrierten Gesamtkatalog in jeder Partikelbuchhandlung...

Badisches Landestheater. Dienstag, 29. Nov. 8 Uhr. Florian Geber. Traagede von Gerhard Hauptmann. Regie: Baumbach. Mitwirkende: Bertram Ermarth, Frauendörfer, Geber, Baumbach, Brand, Dahlin, Ernst, Gemmeke, Herz, Herr, Hüder, Holbar, Kieninger, Kieble, Kühne, Rühr, Weber, R. Müller, Schmitt, Schuler, v. d. Zent, Zent, Haag, Hen, Eckerlin, Harprecht, Arras, Eich, J. Müller, S. Lindemann, Vogel. Anfang 20 Uhr. Ende 23 Uhr. Breite B (0.60 - 3.00) 121.